



## Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg

📅 09.04.2013

VERKEHR

# Öffentliche Diskussion über zukünftigen Bundesstraßenbau in der Region Karlsruhe

Baden-Württemberg setzt bei den Neuanmeldungen für den kommenden Bundesverkehrswegeplan (BVWP) auf fachliche Kriterien und ein Achsenkonzept, doch was bedeutet das genau für Straßenbauprojekte im Regierungsbezirk Karlsruhe? Um diese und andere Fragen zu beantworten, findet am Freitag, 12. April 2013, im Regierungspräsidium Karlsruhe eine öffentliche Regionalkonferenz statt, zu der alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen sind.

Gisela Splett MdL, Staatssekretärin im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur, und Nicolette Kressl, Regierungspräsidentin Karlsruhe, werden die Konzeption des Landes für die Anmeldung der Maßnahmen zum BVWP vorstellen und mit den Gästen der Konferenz diskutieren. „Die Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ist uns wichtig“, so Splett. „Transparenz und Effizienz sind die Leitlinien unserer Infrastrukturpolitik.“

Die Regionalkonferenz findet von 10 Uhr bis 13 Uhr im Regierungspräsidiums am Rondellplatz, Karl-Friedrich-Straße 17, Karlsruhe statt. Zusammen mit VertreterInnen der Kommunalen Spitzenverbände, der Industrie und Handelskammern, von Umwelt- und Verkehrsverbänden haben die BürgerInnen die Möglichkeit Ihre Fragen und Anregungen zu artikulieren. Auch in den drei anderen Regierungspräsidien werden im Laufe des Aprils entsprechende Regionalkonferenzen stattfinden.

## Weitere Informationen

Ausführliche Informationen zum BVWP-Konzept des Bundes, zum Landeskonzept, zu den Priorisierungskriterien und zum Maßnahmenpool finden Sie auf unserer Homepage unter:

[www.mvi.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/115847](http://www.mvi.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/115847)

## Zum BVWP allgemein

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) arbeitet momentan an der Aufstellung eines neuen Bundesverkehrswegeplans (BVWP), der 2015 / 2016 vorliegen und den derzeit

Regel 15 Jahre) erwartet wird. Er ist zwar das maßgebende Planungsinstrument, jedoch noch kein Finanzierungsplan oder -programm. Der BVWP bildet die Grundlage für den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung der Ausbaugesetze für Bundesschienenwege und Bundesfernstraßen mit den zugehörigen Bedarfsplänen. Der Bundestag beschließt über die Aufnahme der Projekte des BVWP in die Bedarfspläne der Ausbaugesetze. Nach derzeitigen Planungen soll dieser Prozess im Jahr 2016 abgeschlossen sein. Zur Verwirklichung der Ausbaumaßnahmen nach dem Bedarfsplan stellt das BMVBS Fünfjahrespläne auf.

Die Bundesländer sind aufgefordert, dem BMVBS bis September 2013 Straßenprojekte zu melden.